

Es gibt kein richtiges Grünes Leben im falschen Grünen Leben!

Liebe Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen,

die Art und Weise, wie in den demokratischen Parteien - auch in der Grünen Partei - in den letzten Monaten über Flüchtlinge gesprochen, vor allem aber gegen Flüchtlinge agiert worden ist, kommt der Sprache und den Forderungen von ganz Rechtsaußen nicht nur nahe, sondern stellt sie teilweise sogar in den Schatten. Diese letzten Monate haben viele von denen, die den Glauben an die Unteilbarkeit von Menschenrechten und die Unantastbarkeit der Menschenwürde noch nicht aufgegeben haben, erst ungläubig, dann erschrocken, dann wütend, dann verzweifelt und zuletzt ohnmächtig gemacht. Auch deshalb stehen so wenige dieser Menschen, die unsere Demokratie doch so dringend braucht, heute Vormittag hier.

Euer Versuch, über die Ausgrenzung und die Abwehr von Geflüchteten demokratiefeindlichen Parteien und Bewegungen das Wasser abzugraben, war und ist zum Scheitern verurteilt. Demokratie lässt sich weder stärken, noch verteidigen, noch retten, indem man die Rechte einzelner, konkret den Flüchtlings- und Menschenrechtsschutz demontiert. Im Gegenteil: Man verleiht damit demokratiefeindlichen Kräften Auftrieb, man befördert und legitimiert Rassismus und man gefährdet das friedliche und solidarische Zusammenleben. Das hättet ihr wissen müssen und wahrscheinlich wusstet ihr es auch.

Warum trotzdem dieses wie mit der Machete einschlagen auf das Flüchtlingsrecht? Und vor allem: Warum wider besseres Wissen? Warum wurde Georgien mit den Stimmen der Grünen zum sicheren Herkunftsland? Warum wurde die Menschenwürde mit der Einführung einer Bezahlkarte, der Verlängerung des AsylbLG-Zeitraums von 18 auf 36 Monate und dem kompletten Leistungsausschluss für Dublin-Flüchtlinge unter Grüner Beteiligung migrationspolitisch relativiert, obwohl das Bundesverfassungsgericht das ausdrücklich verboten hat? Warum haben Grüne mit ihrer Zustimmung zu GEAS der Inhaftierung von Kindern an den EU-Außengrenzen Tür und Tor geöffnet? Warum haben Grüne Bundesminister*innen ein GEAS-Umsetzungsgesetz abgenickt, das noch viel grausamer ist als es nach europarechtlichen Vorgaben sein müsste? Warum wurde kurz vor dem Termin der Europawahl nach Afghanistan abgeschoben und warum haben sich Grüne Landesministerien daran beteiligt? Warum? Warum? Warum?

Vielleicht findet sich eine mögliche Antwort in der Aneinanderreihung von Zitaten aus ein paar der vielen persönlichen Erklärungen, die Grüne Bundestagabgeordnete am 18. Oktober anlässlich der namentlichen Abstimmung über das sogenannte „Sicherheitspaket“ zu Protokoll gegeben haben, mit dem u.a. Dublin-Geflüchtete in Deutschland künftig ausgehungert werden sollen:

„Dieses Gesetz ist eine Katastrophe. Dieses Gesetz ist eine Katastrophe für die Menschen, die es betrifft und es ist eine Kapitulation vor einer öffentlichen Debatte nach dem schrecklichen Terroranschlag von Solingen, die nur noch einen irrationalen Überbietungswettbewerb mit Forderungen nach immer weiteren Verschärfungen des Asyl- und Aufenthaltsrechtes darstellte.

Bei der heutigen Abstimmung des Sicherheitspaketes werde ich (...) zustimmen. Dies tue ich gegen meine persönliche Überzeugung. (...) Der Bundeskanzler hat wiederholt betont, dass dieses Paket für ihn von besonderer Bedeutung ist. Ich nehme diese Äußerungen zur Kenntnis und stimme insbesondere und ausdrücklich in dem Wissen um die Bedeutung für die Koalition zu. (...)

*Am Ende trage (...) auch ich Verantwortung, in unsicheren Zeiten für eine stabile Regierung zu sorgen. Und diese Verantwortung wiegt in diesem Fall schwerer als meine persönlichen Bedenken. (...)
Ob das die richtige Entscheidung ist, kann ich nicht sagen.“*

Was immer die Beweggründe gewesen sein mögen, an einer Bundesregierung festhalten zu wollen, die kaum zwei Wochen später ohnehin auseinander gebrochen ist: sie haben im Ergebnis einer humanitären und menschenrechtskonformen Asylpolitik massiv geschadet.

Vielleicht war der Glaube handlungsleitend, dass andere Mehrheiten noch viel grausamere asylpolitische Grausamkeiten bereithalten würden. Das werden wir dann jetzt ja bald sehen. Ich glaube aber, dass das falsch ist: Ein solches Maß an Grausamkeiten Recht und Gesetz werden zu lassen, wie es SPD, FDP und Grüne in den letzten Monaten getan haben: daran wäre jede andere demokratische Regierungskoalition gescheitert, die sich mit einer starken menschenrechtsorientierten Opposition hätte auseinandersetzen müssen.

Wenn es aber vielleicht sogar die Überzeugung war, dass man in Regierungsverantwortung eben nicht alles haben kann und mit weniger Flüchtlingsschutz mehr Bein- und Handlungsfreiheit an anderer - und unbestritten genauso wichtiger - Stelle, z.B. beim Klimaschutz oder bei der Bekämpfung der Kinderarmut zu bekommen ist: dann hat sich das zum einen als Trugschluss erwiesen und wäre das zum anderen perfide.

So oder so bleibt aus flüchtlingspolitischer Sicht eine verheerende Bilanz gut dreijähriger grüner Regierungsbeteiligung: Menschen wurden ferngehalten, vergrault und kaputtgemacht, die dringend Schutz und Hilfe gebraucht hätten und die Bewegung derjenigen, die dazu bereit sind, ihnen diesen Schutz zu geben und diese Hilfe zu leisten, wurde so sehr geschwächt wie niemals zuvor.

Dabei ist es eigentlich ganz einfach und klar: Eine menschenrechtsorientierte und humanitäre Flüchtlings- und Asylpolitik gibt es nur mit Euch und nicht gegen Euch! Und eine menschenrechtsorientierte und humanitäre Flüchtlings- und Asylpolitik gibt es nur mit uns und nicht gegen uns!

Wir hier vor der Halle sind – das hat auch mit Euch zu tun - weniger geworden, aber wir sind uns treu geblieben. Euch wieder treu zu werden, das erwarten wir von Euch!

„Im Zentrum unserer Asyl und Migrationspolitik steht der Mensch in seiner Würde und Freiheit“, heißt es in Eurem Grundsatzprogramm. Und dann wird durchbuchstabiert, was das alles bedeuten muss. Z.B.: legale Zugangswege, rechtsstaatliche Verfahren, menschenwürdiges Existenzminimum, keine Abschiebungen in Kriegs- und Krisengebiete.

Wir hoffen, nein wir verlangen von Euch auf dieser Bundesdelegiertenkonferenz eine schonungslose Bilanz Eurer Asyl- und Flüchtlingspolitik der letzten Jahre und eine Rückkehr zu Euren Grundpositionen und zur Bündnisfähigkeit mit den zivilgesellschaftlichen Kräften, die weiterhin für das Grundrecht auf Asyl und den menschenwürdigen Umgang mit Flüchtlingen einstehen.

Schluss also mit faulen Kompromissen auf Kosten von Schutzsuchenden und Schluss damit, asyl- und flüchtlingspolitische Grundpositionen mit Krokodilstränen in den Augen auf dem Bazar von Koalitionsverhandlungen zu verramschen.

Denn es gibt kein richtiges Grünes Leben im falschen Grünen Leben!